

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
finden in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 282 - 283
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Dönhofzeit 9-5 Uhr

Verleger: Docuarta-Verlag GmbH
Berlin S.M. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2306-2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rücktritt der sächsischen Regierung.

Dresden, 14. Dezember. (Z.) Im Laufe der heutigen Landtagssitzung verlas Präsident Dünker einen eingelegenen Antrag der Demokratischen Partei, der folgenden Inhalt hat: Nachdem durch die sozialdemokratische Fraktion die von den Demokraten verlangten Verhandlungen über die Stellung des Ministers Liebmann abgelehnt worden sind, ist die demokratische Fraktion nicht mehr in der Lage, das Kabinett Jellisch zu unterstützen, und sie stellt den Antrag: „Das Kabinett hat nicht das Vertrauen des Landtages.“ Ministerpräsident Jellisch erklärte hierzu: „Als die gegenwärtige Regierung gebildet und ich mit den Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, habe ich bereits den Herren der demokratischen Fraktion gegenüber persönlich meine Auffassung dahin zur Kenntnis gebracht, daß dann, wenn es der demokratischen Fraktion unmöglich wäre, mir weiteres Vertrauen im Sinne der Verfassung zu schenken, die Neubildung des Kabinetts notwendig sei. Deshalb bin ich der Auffassung, daß dieser Moment jetzt eingetreten ist und lege mein Amt in die Hände des Landtages zurück. Die Mitglieder des Kabinetts werden jedoch ihre Geschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiter führen.“

Vorher hatte die kommunistische Landtagsfraktion ihren angekündigten Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht.

Reichsrat gegen Bayern.

Auf eine Erklärung Bayerns zur Personalabbauverordnung hin beantragten die Ausschüsse des Reichsrats folgende Beschlusfassung:

1. Der Reichsrat hält es für dringend geboten, den Beamtenapparat in den Ländern und Gemeinden in größtmöglicher Maße zu verringern.
 2. Der Auffassung der bayerischen Regierung, daß der Artikel 18 der Personalabbauverordnung eine Bindung der Länder nicht zu schaffen vermöge, kann nicht beigetreten werden. Die Abbauverordnung enthält Bestimmungen, die ordnungsmäßig getroffen sind. Soweit dies der Fall ist, sind die Länder verpflichtet, eine entsprechende Regelung zu treffen.
 3. Im übrigen ist der Reichsrat in Übereinstimmung mit der Reichsregierung der Ansicht, daß die Abbauverordnung nicht schematisch für Länder und Gemeinden angewendet werden kann. Bayerischer Gesandter Dr. von Preger erklärte darauf im Reichsrat, die bayerische Regierung könne von ihrem Standpunkte nicht abgehen, daß die Abbauverordnung in Artikel 18 der Reichsverfassung widerspreche. Bayern müsse vorbehalten bleiben, eventuell den Staatsgerichtshof anzurufen.
- Der Reichsrat stimmte dem Mißtrauensantrag zu. Von der Erklärung Bayerns wurde Kenntnis genommen.

Das Sparprogramm der Reichseisenbahn.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz veröffentlicht aus einer Denkschrift des Reichsverkehrsministeriums einen Auszug, dem wir folgendes entnehmen:

„Zur Verstärkung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ist seine Trennung von der übrigen Reichsverwaltung, insbesondere vom Finanzministerium, sobald als möglich durchzuführen. Schon jetzt ist der Grundgedanke weitgehend anzuwenden, daß die Reichsbahn Leistungen für Zwecke anderer Ressorts auf ihre Kosten nicht mehr auszuführen in der Lage ist. Hierher gehören insbesondere Leistungen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“

Über die Finanzverwaltung und die innere finanzielle Organisation der Reichsbahn wird gesagt, daß die bisher infolge der schwankenden Wechselkurse außerordentlich erschwerte Haushaltskontrolle jetzt wieder mit aller Sorgfalt durchzuführen sei. Es hat nicht mechanisch, sondern unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu geschehen. Für die Anleiheverhandlungen ist sofort eine kaufmännische Bilanz aufzustellen. Als Grundgedanke für die Ausgaben gilt das Wort: Keine Ausgabe ohne Deckung. Ausgaben, die sich wirtschaftlich aus Abschreibungen darstellen, müssen hinter den Ausgaben zurückbleiben, die zur Deckung des betriebsnotwendigen Bedarfs erforderlich sind. Zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz muß die Reichsbahn in der Zeit der Rat vorübergehend ihre Substanz angehen. Zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung ist eine Nachprüfung vorzunehmen nach der Richtung, ob durch den Verkehrsrückgang und die Verkehrsverschiebungen Einschränkungen möglich sind. Vordringlichste Aufgabe ist harte Einschränkung des Personenverkehrs. Auch die Fahrplangestaltung bedarf einer gründlichen Nachprüfung.

Für die Unterhaltung der baulichen Anlagen heißt es: Die Ausgaben sind auf die Erhaltung des betriebsfähigen Zustandes der Bahnanlagen zu beschränken. Alle Ausgaben, die zur Verbesserung der Anlagen und zur größeren Bequemlichkeit der Reisenden gemacht werden sollen, sind grundsätzlich zurücklassen. Veräußerung der Gleise mit Rücksicht auf die Führung schwerer Fahrzeuge ist vorerst zurückzustellen. Ab 1. 1924 wird als Geldgrenze zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt 25.000 Goldmark zu gelten haben. Die 3 seit von Ergänzungen aus Mitteln des ordentlichen Haushalts in Zukunft jedoch allein davon abhängen, welche Mittel hier zur Deckung der betriebsnotwendigen Ausgaben zur Verfügung werden können.

Einschneidende Maßnahmen sind auch bezüglich des Personals geplant. Es heißt da: Die Ersparnisbeschaffung

Fahrzeuge muß unter allen Umständen eingeschränkt werden, da der ordentliche Haushalt Ausgaben für diese Zwecke in dem bisherigen Umfang nicht weiter tragen kann. Es wird vorübergehend notwendig sein, für ausgemusterte Fahrzeuge vorerst nicht vollen Ersatz zu beschaffen.

Über den außerordentlichen Haushalt wird gesagt: „Hier wird in besonderem Maße die Bestimmung Platz greifen müssen, daß sich die Ausgaben unter allen Umständen nach den zur Verfügung stehenden Mitteln richten müssen. Hierbei kommt in Betracht, inwieweit der Finanzminister Mittel zur Verfügung stellt, aus dem ihm von der Rentenkasse gewährten Darlehen, oder inwieweit eine eigene Anleihe der Reichsbahn möglich ist. Zweifellos wird die Reichsbahn auch in Zukunft größere Bauten und Beschaffungen vornehmen müssen. Der wirtschaftlichen Notwendigkeit wird aber bis auf weiteres die finanzielle Prüfung vorangehen müssen. Neue Bauten werden nach den bisher erteilten Bewilligungen bis auf weiteres nicht mehr angefangen. Auch bei den angefangenen Bauten treten Einschränkungen ein. Für die Weiterbehandlung der Frage des elektrischen Bahnbetriebes wird ein besonderes Programm vorbereitet. Bauten und Beschaffungen, die im Hinblick auf einen künftigen Großverkehr in Deutschland vorbereitet werden (schwere Wagen und Lokomotiven), und damit zusammenhängende bauliche Maßnahmen, dürfen vorerst nicht weiterverfolgt werden. Für den Rest des Rechnungsjahres 1923 und für 1924 kann ein endgültiges zahlenmäßiges Programm erst aufgestellt werden, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel feststehen.“

Soweit die Mitteilungen der Lokalkorrespondenz. Wenn in der „Deutschen Zeitung“ gesagt wird, die privaten Bemühungen, die Reichsbahn in eine Gesellschaft zu überführen, in der neben ihren „Geldgebern“ auch das Ausland vertreten ist, dauerten an und die beteiligten Reichsstellen ständen dem nicht ablehnend gegenüber, so ist dieser offenbar von interessierter Seite lancierten Rausch gegenüber eine sofortige Klarstellung der Reichsregierung notwendig.

Der deutsche Schritt in Paris.

Paris, 14. Dezember. (Z.) Die gesamte Morgenpresse bespricht den angekündigten Schritt des Reichsrats von Hoesch bei Vitorros, durch den mit Frankreich Verhandlungen über alle die Rheinflände und das Ruhrgebiet betreffenden Fragen eingeleitet werden sollen. Im „Petit Parisien“ heißt es, man das deutsche Kabinett an einen entscheidenden Meinungsaustrausch über die Probleme, die zwischen Deutschland und Frankreich stehen, denke. Dann könne man schon im voraus sagen, daß eine solche Initiative in Paris aufmerksam geprüft werden wird.

Paris, 14. Dezember. (Z.) Der „Matin“ erklärt sich den Beschlüssen der deutschen Regierung, Frankreich ein direktes Angebot zu unterbreiten, aus drei Gründen: 1. Die Abmachungen bei Industrie mit der Weimarer hätten bewiesen, daß Frankreich das Spiel im Ruhrgebiet gewonnen habe, und gezeigt, daß Frankreich Frieden und Ordnung wolle. 2. Die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Untersuchungskommissionen zeigten voraus, daß sich Amerika auch an der Kontrolle der deutschen Finanzen und der deutschen Vermögen im Zustande beteiligen werde. 3. Die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung in England. Wenn Frankreich deren Unterstützung haben wolle, müsse es eine friedliche Haltung einnehmen. Sowohl die Labour Party wie die Liberalen sprächen in ihrem Programm ausführlich vom Völkerverbund. Infolgedessen habe Deutschland beschließen, sich an den Völkerverbund zu wenden. Die in Berlin gefassten Beschlüsse seien logisch und befanden einen Sinn für die Wirklichkeit. Um zu wissen, was die französische Regierung auf die deutschen Vorschläge antworten werde, müsse man zunächst Klarheit über die deutschen Absichten haben und sicher sein, daß es sich nicht um ein „deutsches Mandat“ handele, das darauf abziele, der Reichsregierung Gelegenheit zur Einmischung in das Weimarerabkommen zu geben, das sie nicht erneuern wolle. Wenn der deutsche Geschäftsträger die deutschen Vorschläge überbringe, werde Frankreich innerhalb der Grenzen, die ihm näher erscheinen, darüber sprechen, gleichzeitig aber auch über die Abstützung und die Militärkontrolle. Der deutsche Schritt sei ein Risikofrei, der aber Gelegenheit biete zur Ausarbeitung eines konstruktiven Programms, und diese Gelegenheit dürfe nicht verpaßt werden.

Beamte und Arbeiterschaft.

Die Mitteilung der Regierung, daß sie außerstande ist, die zum Leben unzureichenden Gehälter der Beamten für die zweite Dezemberhälfte voll auszuzahlen, wird selbst jene Kreise der höheren Beamten, die bisher der Steuerabotage der bürgerlichen Parteien Vorschub geleistet haben, über die unheilvollen Folgen dieser Politik die Augen öffnen. Seit Jahren führt die Sozialdemokratie und mit ihr die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einen verzweifelten Kampf um die Sanierung der Reichsfinanzen. Seit Jahren sind alle Anträge nach dieser Richtung von den bürgerlichen Parteien, von den Deutschvölkischen bis zu den Demokraten, entweder abgelehnt oder so abgeschwächt und verwässert worden, daß sie schließlich zu der jüngsten Bankrotterklärung der Reichsregierung führen mußten. Das Reich erklärt sich außerstande, den Beamten Gehälter zu zahlen, die zur Deckung der lebensnotwendigen Bedürfnisse ausreichen. Aber selbst die Hungergehälter kann er gegenwärtig nur für eine Woche ausbringen.

Die Steuerverordnungen sind jedoch noch immer nicht erlassen. Soweit Nachrichten über die kommenden Steuerverordnungen vorliegen, werden diese allen Lohn- und Gehaltsempfängern, und somit auch den Beamten, eine schwere Belastung bringen. Die völlig unzureichenden Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe werden durch schwere Verbrauchssteuern weiter gekürzt werden. Das Großkapital der Industrie, der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft haben den gesamten Mittelstand enteignet. Diese Enteignungspolitik wird nun gegenüber den Beamten, Angestellten und Arbeitern, die in öffentlichen Diensten stehen, fortgesetzt.

Hand in Hand damit geht ein Personalabbau, wodurch rein schematisch Tausende und aber Tausende auf die Straße gesetzt werden. Was in den Zeiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bedeutet, braucht nicht besonders betont zu werden. Damit noch nicht genug, ist die Regierung entschlossen, den Wünschen der Scharfmacher im Unternehmerlager entsprechend, die Arbeitszeit der Beamten auf mindestens 54 Stunden wöchentlich zu verlängern. Diese Maßnahme, die durch eine Reorganisation und Vereinfachung vermieden werden könnte, wenn man nur an die Mitarbeit der Beamten- und Arbeiterorganisationen appellieren wollte, ist für die davon Betroffenen um so härter, weil heute die Arbeitnehmer im allgemeinen in allen großen Städten von ihrer Arbeitsstätte weit entfernt wohnen müssen. Aber nicht allein materiell trifft diese Verlängerung der Arbeitszeit die Beamten, Angestellten und Arbeiter aufs schwerste, sie werden auch gegenüber den Arbeitern und Angestellten der Privatbetriebe, die sich dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation den Achtstundentag zu erhalten verstanden haben, in eine Pariastellung hinabgedrückt.

Die bürgerlichen Parteien, die die Verantwortung für diese Politik ebenso wie für die himmelschreiende Finanzpolitik tragen, rechnen offenbar damit, daß die traditionelle Disziplin der Beamten sie vor Verzweiflungsausbrüchen bewahren wird. Sie rechnen auch offenbar weiter mit der leider nur zu offenkundigen Tatsache der Uneinigkeit der Beamenschaft selbst.

Wenn wir von Uneinigkeit sprechen, so meinen wir damit eigentlich die Zersplitterung der Beamten in einer Reihe von Organisationen und die Absonderung des größten Teiles dieser Organisationen von der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Historisch läßt sich diese Tatsache sehr wohl erklären. Im alten Deutschland hat man durch Verleihung von Titeln und ähnlichen Dingen es verstanden, den Beamten zu suggerieren, daß sie über den Arbeitern stehen und sozusagen etwas „Besseres“ seien. Gleichzeit mit der Vorhaltung dieses Ködders hat man drohend über der Beamenschaft die hungerpeinliche geschwunden für den Fall, daß die Beamten irgendwelche Solidaritätsanwandlungen mit der sozialistisch denkenden und organisierten Arbeiterschaft zeigen wolle. Man hatte dadurch in der Beamenschaft eine Art *Be-am-tendunkel* großgepöppelt, der nicht dazu geeignet war, um in den Kreisen der Arbeiterschaft Verständnis zu erwecken für das auch im kaiserlichen Deutschland herrschende Elend in den weiten Schichten der unteren Beamten.

Die nach der Revolution verführte Demokratisierung des Beamtenkörpers, die leider nicht Hand in Hand ging mit einer rationalen Reorganisation der Verwaltungsdienste, hat das Mißtrauen der sozialistischen Arbeiterschaft herrschte, eher noch verschärft als gemildert. Ein nicht unerheblicher Teil der Beamten hat allerdings die Forderungen der neuen Zeit begriffen. Er hat sich sozusagen auf die Republik umgestellt. Diese Umstellung hat auch ihren organisatorischen Ausdruck gefunden. Leider ist es dabei nicht ohne Mißbilligkeiten abgegangen. Und heute steht die Beamenschaft, wenn auch innerlich geschlossen gegen die fortgesetzten Angriffe auf ihre Freiheit und ihre Existenzgrundlage, so doch organisatorisch gespalten.

Diese Umstände zusammen bringen es mit sich, daß die bürgerlichen Parteien darauf rechnen, daß die Beamten gegenwärtig wehrlos und ohnmächtig jeden Angriff über sich ergehen lassen müßten. Wir zweifeln aber nicht daran, daß die Maßnahmen die jetzt auf die Beamten herunterhageln, die aufzürnen werden. Die Beamenschaft muß jetzt erkennen, daß ihr Geschick aufs innigste verknüpft ist mit dem Schicksal der gesamten Arbeiterschaft. Sie wird jetzt begreifen, daß kein Dienstvertrag und keine Pensionsberechtigung sie zu schützen imstande ist. Sie wird erkennen, daß der Kampf der Arbeiterschaft gegen das kapitalistische System auch ihr Kampf ist. Sie

wird begreifen, daß die notwendige Demokratisierung nichts anderes ist und sein will, als die Beseitigung des alten Herrschaftssystems und die Umstellung der Profitwirtschaft auf die Bedarfswirtschaft. Und deshalb wird die Beamtenschaft auch begreifen, daß sie diesen Kampf geschlossen in ihren eigenen Organisationen, aber Schulter an Schulter mit den organisierten Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie führen muß.

An dem Tage, wo sich die gesamte Beamtenschaft über diese Dinge klar geworden sein und die unabänderlichen Konsequenzen daraus gezogen haben wird, hat sie eine andere Stellung gewonnen. Das Gewicht ihrer Stimmen und ihres Einflusses im öffentlichen Leben ist derart, daß, wenn es vereinigt wird mit der geballten Macht der organisierten Arbeiterschaft, es unübersteigbar sein wird. Auch politisch wird sich für die Beamten in kurzer Frist Gelegenheit bieten, Abrechnung zu halten. Jetzt gibt es nicht, bitteren Streit zu führen über etwa begangene taktische Fehler. Noch weniger ist es Zeit, sich durch Gefühlsmomente überbordender Stimmungen hinzugeben. Jetzt ist die historische Stunde gekommen, um die gesamte Beamtenschaft zu geschlossenem Handeln vorwärts und aufwärts zu führen.

Daulus Stinnes.

Die „Wirtschaft“ will endlich zahlen!

Es geschehen Zeichen und Wunder! Jetzt endlich, da die Ankündigung des Reichskabinetts von der Unmöglichkeit, die Beamteingehälter zu zahlen, blyhell die Situation beleuchtet, mehren sich auch in den bürgerlich-kapitalistischen Kreisen die Stimmen, die von der zwingenden Notwendigkeit nicht nur der Steuerbewilligung, sondern auch des Steuerzahle sprechens. Es scheint fast, als wenn die Stimmung aus jenen letzten Stunden des Kabinetts Cuno wiederkehren würde, da die bürgerlichen Parteien im Reichstage, einschließlich der Deutschen Nationalen, binnen weniger Tage die Steuerentmen bewilligten, die sie in Jahren vorher verweigert hatten.

Jetzt endlich scheint sich auch der Gedanke durchzurufen, daß die „Wirtschaft“ nicht ein Ding ist, das im luftleeren Raume schwebt, sondern das mit dem Reiche und der Verwaltung auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Es ist mehr als charakteristisch, wenn ausgerechnet im Stinnes-Blatt, der „D. A. Z.“, Gedanken wie die folgenden ausgesprochen werden:

In einem solchen Augenblick wie dem gegenwärtigen kommt es darauf an, daß gehandelt, das heißt in diesem Falle, daß gezahlt wird. Diese Zahlungen können nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie die augenblickliche Regierung politisch einzuschätzen ist, sondern sie dienen unmittelbar dem Zwecke, den Staat an sich zu erhalten, sie sind frei von jeder Parteischablone zu beurteilen und zu leisten.

Das Organ des Herrn Stinnes polemisiert sogar gegen ein anderes Blatt, das in „banalen Wahrheiten“ davon geredet habe, die deutsche Wirtschaft werde bis aufs Hemd ausgeplündert und erdrückt, während es doch der eigentliche Zweck der Regierungspolitik sein müsse, die „deutsche Wirtschaft funktionieren“ zu lassen. Dazu sagt das Stinnes-Blatt:

„Es handelt sich im Augenblick darum, daß sofort Geld geschafft wird, und zwar nicht nur im Interesse des Staates, sondern ebenso im Interesse der Wirtschaft. Es ist sicherlich ein fürchterliches Zusammenbrechen, daß der Staat in dem Augenblick von der Substanz der Wirtschaft zu zehren gezwungen ist, in dem die Wirtschaft selber von der Substanz leben muß. Aber es ist sehr gefährlich, wenn man gerade jetzt zwischen der Wirtschaft und dem Staat einen Interessengegensatz herauszufunktionieren sich bemüht, einen Interessengegensatz, der tatsächlich in keiner Weise vorhanden sein kann. Denn die Produktivität der Wirtschaft ist untrennbar mit dem Funktionieren des Verwaltungsapparates verbunden, und es muß zu unübersehbaren Konsequenzen führen, wenn eines Tages die Rechtspflege, die Polizei, die Reichswehr und die Verwaltung aufhören sollten zu funktionieren, wenn die Gehaltszahlungen für Beamte

nicht mehr regelmäßig erfolgen, wenn die Korruption sich breit macht, wenn die völlige Auflösung kommt. Das Interesse der Wirtschaft und das Interesse des Staates sind fest so eng miteinander verbunden gewesen wie am heutigen und an den kommenden Tagen.“

So richtig diese Gedanken an sich sind, so seltsam mühen sie an in dem ausgesprochensten Unternehmer-Blatte, das, bisher den Intentionen seines allgewaltigen Meisters folgend, die Wirtschaft als etwas dem Staate übergeordnetes oder mindestens Nebengeordnetes darzustellen pflegte. Hätte die „deutsche Wirtschaft“, d. h. die wirklich zahlungsfähigen Kreise, schon während des Krieges und unmittelbar nach dem Zusammenbruch diese Bereitschaft zum Zahlen an den Tag gelegt, so wäre die gegenwärtige Finanzkatastrophe wahrlich nicht zu vermeiden gewesen. Aber alle Rückschlüsse der Sozialdemokratie, durch rechtzeitigen und planmäßigen Eingriff in das Kapital die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern, wurden gerade von den Wirtschaftskreisen der Industrie und Landwirtschaft beiseite geschoben und die Erfassung der Sachwerte als ein „marginisches Experiment“ verlästert und bekämpft.

Jetzt scheint sogar Herr Stinnes damit zu rechnen, daß das Reich in die Substanz eingreifen muß, um sich und damit die deutsche Wirtschaft am Leben zu erhalten. Wir freuen uns über jeden Sünder, der Buße tut, auch wenn er Stinnes heißt, und hoffen nur, daß es nicht bei dem einen Leitartikel der „D. A. Z.“ bleibt, sondern daß Herr Stinnes auch sonst seinen gewaltigen Einfluß dahin geltend macht, daß endlich die Wirtschaft nicht nur von Patriotismus redet, sondern ihre Vaterlandsliebe auch praktisch betätigt!

Ausnahmezustand und Presseverbote.

General v. Seekt hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich an die „Deutsche Zeitung“ folgendes Schreiben gerichtet:

„An Nr. 547 der „Deutschen Zeitung“ vom 12. Dezember 1923 veröffentlicht der Abgeordnete Schlang-Schöningen einen Artikel „Der Wille zur Macht“, in dem er auspricht, daß „diese reichs- und staatszerstörende Verfassung mit allen sich uns bietenden Mitteln“ geändert werden müsse, und den Gedanken der „nationalen Revolution“ verherrlicht.“

Wenn ich die „Deutsche Zeitung“ auf Grund dieses, die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdenden Artikels nicht bis auf weiteres verbiete, so tue ich es lediglich aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der dadurch betroffenen Angestellten und Drucker.

Bei der nächsten Gefährdung der Ruhe und Ordnung hat die Zeitung ein solches Verbot zu gemäßen.“

Der Artikel des Abg. Schlang, der als programmatische Erklärung für eine Vorstandssitzung der Deutschnationalen gedacht war, ist von dem größten Teil der Presse entschieden zurückgewiesen worden. Auch der „Vorwärts“ hatte sich mit ihm in längeren Ausführungen befaßt. Es ist bezeichnend, daß der Inhaber der vollziehenden Gewalt sich genötigt sieht, in dieser Weise gegen die Äußerungen eines Mannes vorzugehen, der von der Deutschnationalen Partei als geeigneter Ministerkandidat bezeichnet wurde.

Zu der Sache selbst möchten wir bemerken, daß wir Eingriffe in die Pressefreiheit durch die Heeresleitung nach wie vor nicht billigen, gegen wen sie sich auch richten mögen. Daß Verbote unter den heutigen Umständen nicht immer umgangen werden können, läßt sich nicht leugnen. Es war mit ein Zweck des Gesetzes zum Schutze der Republik, in dieser Hinsicht dem Reich und den Ländern die notwendigen Machtmittel an die Hand zu geben. Aber das Gesetz sorgte wohlweislich für Verfügungsinstanzen, die in Zweifelsfällen der Presse zur Verfügung standen. Eine derartige Instanz gibt es den Militärbehörden gegenüber nicht. Das ist ein Mangel, für den die Militärbehörden nicht verantwortlich gemacht werden können. Er liegt im Wesen des Ausnahmezustandes begründet. Und eben deshalb darf der Ausnahmezustand nicht zu einer dauernden Einschränkung werden. Je schneller man ihn aufhebt und die

Heeresleitung von der Last politischer Verantwortung, denen keine politischen Rechte gegenüberstehen, befreit, um so besser ist das für Öffentlichkeit und Heeresleitung.

Das eine darf man allerdings nicht verkennen: Bestrebungen wie die des Abg. Schlang sind nicht geeignet, gegen die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes zu demonstrieren, und ein Blatt, das sich zum Sprachrohr derartiger Bestrebungen macht, kann sich nicht beklagen, wenn es die Härte des Ausnahmezustandes zu spüren bekommt. Um so weniger, wenn es — wie die „Deutsche Zeitung“ das tut — im gleichen Atemzug ein Vorgehen der vollziehenden Gewalt gegen andere gerichtete Blätter verlangt.

Württemberg und die Reichseinheit.

Stuttgart, 14. Dezember. (WZ.) Der Landtag nahm gestern seine Beratungen wieder auf. Entgegen den Stimmen der Rechten wurde die Verbindung der ersten Lesung des Ermächtigungsgesetzes mit der allgemeinen politischen Aussprache beschlossen.

Staatspräsident Dr. von Hieber eröffnete die Aussprache mit einer Rede. Der Präsident verurteilte alle Bestrebungen, die Bestrebungen vom Reiche ebenso wie alle Bestrebungen, eine Veränderung der Reichsverfassung herbeizuführen. Dringender zu wünschen sei die Beendigung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reiche gerade unter außerpolitischem Gesichtspunkt. Hierbei müsse die Autorität und das Ansehen des Reiches und die straffe Einheit der Reichswehr und ihrer Kommandogewalt Grundbedingung sein. Die geschichtliche Rolle Württembergs im Reiche erblicke er darin, ein fester Pfeiler der Einheit des Reiches zu sein. Unsere politische und nationale Zukunft sei nur durch ein großes, starkes und einheitliches Deutschland gewährleistet. Aus diesem Grunde müsse auch Württemberg ein kraftvolles Glied des Reiches bleiben. Einen Partikularismus, der Sonderrechte wünsche, lehne er ab, dagegen müsse der Föderalismus gepflegt und geschützt werden, der das Land stärken solle, damit es lebensfähig bleibe. Desgleichen seien alle Bestrebungen mit Nachdruck zu fördern, den Ländern und Gemeinden eine eigene finanzielle Kraft, namentlich genügende Steuerhoheit zurückzugewinnen. Württemberg habe im Reichsrat alles getan, um eine Verbesserung der Steuergesetze herbeizuführen. Die Rückgabe von Eisenbahn und Post an die Länder sei ein Rückschritt, inwiefern sei eine allzu große Zentralisation des Verkehrswezens in Berlin nicht wünschenswert. Es sei allerdings jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt, um eine Veränderung der Reichsverfassung in Angriff zu nehmen. Der Staatspräsident erwähnte ferner, daß der militärische Ausnahmezustand keine auf die Dauer mögliche Regierungsform sei, daß aber zwischen dem Militärbefehlshaber und der württembergischen Regierung ein ausgezeichnetes Zusammenarbeiten stattfinde. Die Mehrheit des deutschen Volkes wolle die Distanz nicht über die Bedürfnisse der wirklichen Not hinaus ausgedehnt wissen. Der Staatspräsident kündigte einen Gesetzentwurf an, durch den die Zahl der Landtagsabgeordneten um ein Drittel vermindert werden soll.

Die amerikanische Hilfsstätigkeit.

Washington, 14. Dezember. (WZ.) Präsident Coolidge hat durch Senator Cawcoot mitgeteilt, daß die Regierung private Wohltätigkeit zur Unterstützung des deutschen Volkes billige und sie bis zum Äußersten zu fördern wünsche.

Washington, 14. Dezember. (WZ.) Nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge teilte Senator Cawcoot mit, er werde seinen Antrag auf Bewilligung von 20 Millionen Dollar zur Unterstützung Deutschlands bis zum Abschluß der Verhandlungen über eine internationale Anleihe an Deutschland zurückstellen. Cawcoot fügte hinzu, er stimme mit Coolidge darin überein, daß eine Deutschland zu gewährende Hilfe besser auf geschäftlicher als auf karitativer Grundlage erfolgen sollte.

Ende des Wiener Telegraphenstreiks. Heute früh ist der Telegraphen- und Telephondienst auf Grund der gestern abend zustande gekommenen Vereinbarung mit der Technischen Union wieder aufgenommen worden.

Kriminalstudenten.

Eine Gerichtsstudie von Max Ed-Troll.

Wenn es in Wald und Feld zu fröhen beginnt, dann füllen sich die Zuhörerräume der Gerichte.

Da unter „Berufskriminalisten“ auch die den Gerichten zugeordneten Gerichtsreferendare verstanden werden könnten, will ich, um unliebsamen Mißverständnissen vorzubeugen, als äußerliches Merkmal der Unterscheidung zwischen den Kriminalstudenten (Kamottensfrühe, Schiebermarge, Bennisle usw.) und den Referendaren festhalten: der eigentliche Kriminalstudent sitzt im Zuhörerraum. Er muß daher die Sondertreppe benutzen, während der Herr Referendar durch die Türe gehen darf, durch die die Herren Rechtsanwälte und die Angeklagten gehen.

Die Dauerbesucher des Zuhörerraums sind schon keine Studenten mehr. Das sind schon die Referendare des Zuhörerraums.

Manche haben es in ihrer Kenntnis der Paragraphen und der Gerichtspraxis zu einer Meisterschaft gebracht, um die sie mancher Richter und so mancher Rechtsanwalt beneiden kann. Ja, sie kennen die Gepflogenheiten, Stärken und Schwächen der einzelnen Gerichtsvorsitzenden. Sie wissen, wie sie sie anzufassen haben. Wissen, wann sie — im Falle einer Anklage — zu leugnen haben, und wann sie den reuigen, jernstschien, tränenübergießenden „Sünder“ spielen müssen, um trotz erdrückender Beweise eine gelinde Strafe zu bekommen. Sie wissen, diesen Vorstehenden freut (als ehemaligen Vorurteil und Leutnant der Reichswehr) ein burleskes Auftreten, jenen ein bescheidenes. Beim dritten schadet Geschwähigkeit, beim vierten erspart ein guter Biß ein und mehrere Monate Gefängnis, denn das Strafmaß der einzelnen Paragraphen hat eine weite Spanne. Und schließlich sind Richter, Vorstehende und Staatsanwälte Menschen aus Fleisch und Blut.

Wochenlang sitzen die gleichen „Studenten“ als „Hörer“ vor der Kammer, die die Delikte aburteilt, die der „Student“ als seine Spezialität außergerichtlich ausübt. Sie sind pünktlich (meist schon vor Beginn der „Vorlesung“) zur Stelle und hören so aufmerksam zu, daß die meisten Studenten der Univerfüt sich an ihnen ein Muster nehmen könnten.

Sind alle Plätze im Zuhörerraum besetzt, dann stehen sie Reihe auf der Wendeltreppe, die zum Zuhörerraum führt. Hier werden interessante Fälle diskutiert, juristisch zerlegt, Wege gezeigt, wie man sich aus staatsanwaltschaftlichen Schlingen befreien kann. Oder sie überhaupte umgeht.

Bei diesen Weisheiten der Treppe wundert man sich über die angeborene Schlaueit dieser dieser Kriminalstudenten und -studierenden, die meist durch mißliche ökonomische Verhältnisse auf die diese Ebene geraten.

Die „Studentinnen“ erkennt man meist an ihrem wippenden Gang, an ihrem dick aufgetragenen Puder und an einem oft aufbringlichen Vorfüß. Sie findet man am häufigsten in der Kammer für Stüttschleibdelikte. Vor und neben und hinter ihnen sitzt aber auch die „höhere Tochter“, der Oberprimaner, denen der Gerichtssaal die Bestüre von Conan Donje und den Besuch der Deliktstüme erspart.

Das Leben spielt doch die besten Dramen und schenkt uns zu ihren Ausführungen so viele Freibillkette, von denen nur die wenigsten Gebrauch machen.

Bei den „Dilettanten“ des Zuhörerraums ist das Zuhören Sport, Neugierde, bel den eigentlichen Kriminalstudenten aber ist es Berufsinteresse.

Es ist oft jammerschade, wieviel Tüchlichkeit, wieviel Intelligenz durch materielle Not in die falsche Bahn geschleudert wird. Fast immer leuchtet durch die Rede der Berufskriminalisten hindurch Sinn und Sehnsucht für die Rückkehr in ein geordnetes Leben.

Aber diese Rückkehr wird ihnen verdammt schwer gemacht. Vorstrafen, falsch angewandter Strofpollzug, Kontrolle, Schikanen der Spiehbürger erlahmen Wille und Kraft, gehen über in Gleichgültigkeit, die sich verdrängt in den stereotypen Satz: „Mir ist alles mürsch!“

Hohe Befriedigung bietet ihnen das Gefühl, Richter und Polizei überlistet zu haben.

Um dies besser erreichen zu können, sitzen sie im Zuhörerraum des Ger... für Tag, studieren Richter und Geseg...

Jahr
Krim
Stim
Dik
im
ba
ns
a
t

Die wiedergeborene Maskenkomödie. Aus Nürnberg schreibt man: Eine völlige Neubildung nach Gogol's „Prinzeßin Turandot“ von Waldfried Burggraf kam am Stadtheater Nürnberg zur Aufführung und fand beim Publikum begeisterte Aufnahme. Im Gegensatz zu Schiller und Volkmüller, die das Burleske durch tragische Motive überhöhen ließen, wird hier auf die comedia dell'arte (die Stregreißkomödie in Masken) zurückgegriffen, feierte Pantalon seine Auferstehung, schwang Harlekin die Geißel, und zu diesen Elementen traten solche der romantischen Dromie, gemahnten an Brontano und Ludwig Tieck; die Marzel der Satire eines Shaw, echt englische Clownerie wurde erkannt und erkannt. Jeder tragische Aktus fand seine Perodie, das ergreifende Märchen, spiel ließe sich in Lachen auf. Und wie die Neubildung des Geschehens von dem Trostspähen Turandot und dem schönen, jungen Prinzen Kafas das eine Ziel hatte: Spiel zu sein, so hat's dies auch die Inszenierung G. v. Schöns, die die von dem russischen Spielmeister G. Wachlangow gewiesenen Wege mit Geschick nachging. Der Darsteller konnte sich ausleben, ungebunden aus sich heraus schaffen; ersichtlich, daß die Aufführung dadurch auf eine laute Note gestellt ward, zum Bestkampf wurde — ein Zeugnis ungeheurer Lebendigkeit — ein Theaterereignis!

Das Krolodil und die Schlange. Paul Gutmann hat hier am Sonntag unter dieser Ueberschrift eine zeitgemäße Tierpsychologie aufgemacht und unter den Sinnbildern des Krolodils und der Schlange den zur Schau gestellten Heberlauf und die deltarische Not kontrastiert. Der Inhaber des „Krolodils“ bietet uns, einige Bemerkungen dazu machen zu dürfen. Sein Lokal heißt nicht Krolodil, weil es eine Sättle der Hausten und Dämmsten ist, vor allem heißt er sich selber nicht dazu, sondern weil das ein guter alter deutscher Wirtschaftsname ist, wie so vieles andere Gelehrte, wie Löwe, Hölch und Kranich auch ihren Namen dazu geliehen haben, ohne daß jemals einer in diesen Häusern besondere Anweisungen auf die Eigenschaften dieser Tiere finden können. Dieses „Krolodil“ ist aber auch keine Schlemmerstätte der Profier, es verkehren Leute aller Schichten darin, Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle. Auch Studenten, die hier mitten unter den Wästen ihren Freilich bekommen. Und Schlange, die gegenüber auf die Suppe der Heilsarmee wartet, er manchen Fleischbroden darin, der aus der Küche des „Krolodil“ stammt.

Freilich, Rotleibende mögen durch die Schauflistung des „odils“, das seine Fleischwaren ins Schaufenster stellt und den vor den Augen des Publikums kocht — um zu geizen, reelle Ware verarbeitet —, peinlich berührt werden. Aber das nicht vor jedem anderen Schaufenster auch?

Verkaufsstellung der Berliner Seer Ron ist nur noch bis zum 18. Dezember. Sie ist auch am Sonntag von 11 bis 2 Uhr zu besichtigen. Am Sonnabend hält Professor Reichardt für die Volkshöhe an der Reichsstraße, Prinz-Albrechtsstraße 7a, einen Vortragsabend zum Thema „Grenadezelle der bildenden Kunst“, den zum Besitze von 20 Pf. am Sonntagabend. — Ueber „Biologie der Kulturgeschichte“ spricht Prof. Goldschmidt, am 17. Dezember des Abends für Biologie, Sonnabend, 8 1/2 Uhr, im Schloß „Garten“ frei, jedoch nur gegen Karte. Karten in der Geschäftsstelle.

Der geplünderte Fleischerstand.

In den Markthallen gerät eine Mittelstandsrau am Fleischerstand in Differenzen mit dem Händler: er soll ihr die bezahlte Ware nicht ausgehändigt haben. Aufgereizter Vorwuchsel, bedrohliche Menschenansammlung. Der Fleischer legt den Streik bei, indem er der Frau andere Ware zuteilt. Die Menge ist nicht mehr zu beruhigen. Alles brängt nach vorn. Eine Frau hebt „Schied vor!“ Stoß doch um! Greif zu! Alles fütet sich durcheinander. Frauen kriechen unter den Fleischerstand, das Ganze kippt zusammen, jeder reißt an sich, was er kann. Doch schon kommt die Polizei. Die Menge flieht auseinander. Auf dem Schlachtfeld liegen Reste von Fleischwaren herum. Die Polizei löst fünf Frauen, die jede ein kostbares Stück Fleisch bei sich haben. Nun legen sie auf der Anklagebank und gehen in Tränen auf. Die Älteste ist 50 Jahre, die jüngste einige dreißig, alles Mütter, eine hat sogar ein zu süßendes Kind bei sich. Es sind alles sehr ehrbare Frauen aus dem kleinen Mittelstande. Die Männer verdienen. Wie konnte es nun geschehen, daß diese Frauen, die doch immer das liebste Gebot über alles stellen, ihre Kinder zur Gefährdung und Rechtschaffenheit anheben und für ihr privates Eigentum jeden Augenblick zittern und zittern und Wards schreien, wenn das geringste Ärgernis auf dies Eigentum verlastet wird, die als erste bereit sind, jeden Unrechtlchen als „Dieb“ mit Steinen zu werfen, nun selbst so leicht und offenbar ohne Bedenken sich an fremdem Eigentum vergriffen haben? Man fragt, wie lauter doch unsere Moralisten in uns sitzen! Wie stehend sind doch die Übergänge von ehrlich zu unehrlich. Ist aber die Schuld dieser bisher unerschrockenen Frauen wirklich so groß? Das Gericht jedoch urteilt hart. Die „Hegerin“ als „Rädelsführerin“ erhält ein Jahr Gefängnis, die anderen je neun Monate. Der Staatsanwalt hätte sogar drei Jahre für die erste, je neun Monate für die anderen beantragt. Sobald im Gefängnis Platz ist, müssen sie ihre Strafe antreten. Es sei denn, daß sie vom Reichspräsidenten beurlaubt werden. In der Verhandlung blieb es u. a. ungeklärt: Die außerordentlichen Gerichte dürften ihre Aufgabe nicht erfüllen, würden sie zu große Mitleid walten lassen. Die Beschläger müssen geschäftigt werden. Aber auch das Publikum, da die Kländerungen die Händler aus Angst veranlassen, die Ware zurückzugeben. Unter dieses planlose und sinnlose Ansehens von Rechtsmitteln muß ein Stich gezogen werden. Die Strafe soll für die weitesten Kreise als Abschreckung dienen.

Ein komplizierter Selbstmord.

Das Ende eines Schlemmerwittes.

Die Hauptwache der Berliner Feuerwehr wurde in der letzten Nacht um 3 Uhr nach der Schützenstraße 70, an der Friedrichstraße, alarmiert, wo im 3. Stock eine Privatwohnung von S. Jickert brannte. Eine im 4. Stock wohnende Frau hatte zum Glück die Gefahr bemerkt und sofort die Polizei und Feuerwehr benachrichtigt. Diese brach nach Aufbrechen der fest verschlossenen Türen in die brennende Wohnung ein und fand den Wohnungsinhaber Jickert, einen Junggesellen, im Korridor an der Tür erhängt vor. Wiederlebensversuche waren vergeblich. Die Flammen konnten auf die Wohnung beschränkt werden. Der Wohnungsinhaber, ein bekannter Bäcker, hatte sowohl vorn, wie auch hinten alle Türen und Fensterrahmen verriegelt, dann Schränke, Wäbel und Wäbchen erregelt. Unter die Betten hatte J. noch mehrere angezündete Kerzen gestellt. Da mehrere Zimmer schon brannten, hätte bei der Bauart des alten Hauses für die Hausbewohner eine Katastrophe entstehen können, die durch das schnelle Einschreiten der Feuerwehr verhindert wurde.

Der Brandstifter Jickert hatte in seiner Wohnung, die er vor einigen Monaten durch Tausch erhalten hatte, ein nützliches Schlemmerlokal für Bäckerakten einrichtet, die dort in großer Zahl verkehrten. Als die Polizei, die daneben ein Bureau unterhält, dem Lokal einmal einen Besuch abstattete, fand sie in den Räumen einige zwanzig lichte Kerzen vor. Das Wohnungsamt machte trotzdem auf die Beschwerden des Hausbesitzers Sammleroffen. Erst das Zentralwohnungsamt verbot für alle die Räume der Wohnung. Diese zumosweise verbot und nur in Aussicht stehende „Räume“ seiner Wohnung seien in 3. den Anschluß der Brandstiftung wacherufen zu haben, als ein Raucher gegen den Hauseigentümer und die Mieter, die des Treiben des J. nicht länger dulden wollten. Gesternabend soll der Brandstifter noch zahlreichen Besuch von jungen Mädchen erhalten haben, von denen er angeblich in „gehobener“ Stimmung Abschied nahm, um dann seine Wohnung an vielen Stellen in Brand zu stecken.

Wie im Mittelalter.

Ein mittelalterliche Strafe haben Feldwächter über Neckelbe verhängt. Heute morgen wurde der Arbeiter Ernst Garbe in Spandau, in der Adenbachstraße wohnhaft, von Beamten der Strafanstalt in Spandau in der Nähe derselben vollkommen entkleidet und halb erfroren aufgefunden. Die Beamten nahmen an, daß es sich um einen entwichenen Sträfling handle. Man brachte den Mann in die Anstalt. Nachdem festgestellt war, daß keiner der Sträflinge schuldig, der Halberkroner sich erholt hatte, gab er der inwärtigen herbeigeholten Kriminalpolizei folgenden an: Er und noch ein Arbeiter Deutschländer sowie ein ihm unbekannter Mann seien des Nachts mit ihrem Kade nach Gräbendorf gefahren. Hier haben sie eine große Feldmitte gefunden und sich beherrschend, Kagen auszudreschen. In der besten Arbeit wurden sie plötzlich von 6 bis 7 Beuten, die mit Gemehren ausgerüstet waren, überfallen. Es seien wahrscheinlich Feldwächter aus dem Dorfe Gräbendorf bei Soosdam gewesen. Diese befehlen den Knabbliden, sich trotz der Kälte vollkommen zu entkleiden. Nachdem dies geschehen war, wurde ihnen gesagt: „Es wird jetzt bis 10 gerührt und wer sich noch in Schwelme befindet, bekommt Feuer.“ Vor Angst ließen nun diese drei querscheiden fort, und tatsächlich hat man hinter ihnen her geschossen. Vor Angst und Kälte zitternd schloßen sich diese drei bis nach Spandau. Garbe brach unterwegs in der Wilhelmstraße zusammen und wurde hier von den Beamten aufgefunden. Die Kälte hatte man ihnen ebenfalls genommen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben tatsächlich, daß der Arbeiter Deutschländer, der ebenfalls in Spandau wohnt, betrügerisch ist und sich in ärztlicher Behandlung befindet. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

Betrug mit Hochbahnwochenkarten.

Seit Einführung der neuen Wochenkarten hat, wie uns von der Hochbahngesellschaft geschrieben wird, ein eigenartiges Betrugssystem sich geformt. Durch die von der Gesellschaft geführte Kontrolle ist eine große Anzahl von Hochbahn- oder Stände festgesetzt worden, die unter Zuhilfenahme von Wochenkarten Fahrgebidhinterziehung versuchen, indem sie weitere Strecken führen, als sie bezahlt hatten. Die Gesellschaft wird diese Fälle fortan durch verstärkte Kontrolle nachdrücklich verfolgen und der Staatsanwaltschaft übergeben. — Daselbst gilt für die unrechtmäßige Benutzung der zweiten Klasse mit „Reservefabrikanten“ dieser Klasse. Die Hochbahngesellschaft warnt im eigenen Interesse der Hochbahn vor der weiteren Ausübung derartigen Betrugereien, die durch die Kontrollbeamten ohne weiteres an besonderen Kennzeichen der Hochbahn festzustellen sind. — Das beste Mittel ist doch wohl, die Wochenkarten so zu gestalten, daß solche durchaus zu verurteilenden Dingen vertrieben werden.

Das Eisenbahnnotgeld.

Um den in der Öffentlichkeit aufgetauchten Zweifeln nochmals entgegenzutreten, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbank auf Veranlassung lautend des Eisenbahnnotgeld in Zahlung nimmt und auch Zahlungen auf Girokonten von dritter Seite annimmt. Um den Zahlungsmittelumlauf häufig zu halten, werden alle Empfänger dieses Eisenbahnnotgeldes dringend ersucht,

es wieder in den Verkehr zu setzen, anstatt es zur Einlösung zu präsentieren. Die Einlösung wird jederzeit planmäßig erfolgen. — Wie schon wiederholt bekannt gemacht, behandelt die Reichsbank wertbeständiges Notgeld, gleichgültig, wer der Aussteller ist, nicht als Zahlungsmittel, sondern als Anlehenswert. Im Geschäftsbetrieb ist dagegen das wertbeständige Eisenbahnnotgeld wie die Goldanleihe selbst ein vollwertiges gängiges Zahlungsmittel. Es ist in vollem Umfang durch Goldanleihe und Goldkuponanweisungen des Reiches gedeckt und wird später planmäßig in kleine Goldanleihestücke umgetauscht.

Der Arztstreik.

Wie die Arztorganisation berichtigt.

Zu dem im „Vorwärts“ Nr. 580 (12. Dezember) veröffentlichten Bericht über die Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre, in der Dr. Brill, der Oberarzt der Allgemeinen Krankenkasse Berlin, über den Arztstreik referiert, sendet uns die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Arztbundes, vertreten durch ihren Geschäftsführer Dr. Sternberg, folgende „Richtigstellung“:

Es ist unrichtig, daß die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Arztbundes für „ihre sehr beschränkte und einfache Tätigkeit“ 22 Prozent der Einnahme für Verwaltungszwecke in Anspruch nimmt. Wahr ist vielmehr, daß von dem gesamten kollektivistischen Honorar nur etwa 8 Prozent in Anspruch gebracht werden, von denen 2 1/2 Prozent für reine Verwaltungszwecke, der Rest für das Berufsständigungsorgan, für Entschädigungen früher fest angestellter Ärzte, für eine Sterbekasse der Mitglieder u. a. Verwendung findet.

Dr. Sternberg ist uns bekannt als ein sehr berichtigungs-eifriger Herr. Was seine „Richtigstellung“ wert ist, mögen unsere Leser beurteilen. In unserem Bericht über das Referat von Dr. Brill stand, daß die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Arztbundes „für ihre sehr beschränkte und einfache Tätigkeit“ 22 Prozent der Einnahme beansprucht. Aus den Worten „circa 22 Prozent der Einnahme beansprucht“ macht Dr. Sternberg: „22 Prozent der Einnahme für Verwaltungszwecke in Anspruch nimmt.“

Vielleicht erfahren wir einmal, wieviel von dem Arztbühnenhonorar, das die Krankenkassen an die Arztorganisationen überweisen, schließlich den Ärzten verbleibt. Wie hoch sind die von der Organisation für den „Kampffonds“ eingestrichenen Beträge?

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Die Ausstellung für Speicher- und Haushaltsschädlinge in der Biologischen Reichsanstalt erfreut sich eines überaus regen Besuches. Jede größere Führung wird durch einen kurzen Lichtbildvortrag eingeleitet. Besonders stark besucht war der Vortrag am Regierungsrat Dr. Jacher am vorigen Mittwoch, der wegen der Ueberfüllung zweimal gehalten werden mußte. Da trotzdem viele Interessenten unversichteter Suche nach Hause gehen mußten, ist in Aussicht genommen, zum Abschluß der Veranstaltung Sonnabend, den 15., nachmittags 6 Uhr, bei genügender Beteiligung den Vortrag noch einmal zu halten. Den zahlreich an dem Publikum geduldeten Wünschen, die Ausstellung über Sonntag zu verlängern, kann aus Mangel an Arbeitskräften leider nicht entsprochen werden.

Sozialdemokratische Studienvereinsung. Der erste Abend der Reihe, gemeinschaftlich über „Wegenwärtigen des Sozialismus“ findet am Sonntag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Kaiserpalast, 4 bei Seidler statt. Thema: „Widerstandsmittel“. Referent Gen. Dr. Otto Friedländer. Gäste, auch Nichtabnehmer willkommen!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis. Sonntag, den 16. Dez., nachm. 3 Uhr. Ueberführung: Eine Zeit nach Erwerb und die Schicksale der Arbeiter sind nach dem Eingang für 20 Goldst. zu haben. Nachzahlung 10 Goldst. Bildungsgeldschuß nicht für 4, 7 am Eingang.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Solidarität.

Die vom IOB. eingeleitete Unterstützungskampagne zur Aufrechterhaltung der deutschen Gewerkschaften hat bis zum 8. Dezember das nachstehende Resultat gehabt. Die von den Landeszentralen zur Verfügung gestellten und von angegliederten Organisationen der Internationalen Berufssekretariate der Bekleidungsarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Hutarbeiter, Kürschner, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lebens- und Genussmittelindustrie, Motor, Arbeiter in öffentlichen Diensten und Betrieben, Privatangestellten, Steinarbeiter, Tabakarbeiter und Zimmerer direkt zugeführten Summen ergeben folgende Gesamtbeträge: Amerika: 1200 Dollars, Belgien: 15 200 belg. Franken, 60 holl. Gulden und 3000 schweiz. Franken, Dänemark: 49 450 dän. Kronen, 8820 holl. Gulden und 30 000 schweiz. Franken, England: 605 engl. Pfund und 7000 schweiz. Franken, Finnland: 8 amerik. Dollars, Frankreich: 6250 franz. Franken, Holland: 15 500 holl. Gulden und 11 000 schweiz. Franken, Irland: 50 engl. Pfund, Italien: 5500 italien. Lire, Letland: 8000 lett. Rubel, Luxemburg: 500 luxemburg. Franken, Norwegen: 2200 norweg. Kronen, 2000 holl. Gulden und 3000 schweiz. Franken, Oesterreich: 188 000 österr. Kronen und 11 000 schweiz. Franken, Rußland: 4000 schweiz. Franken, Schweden: 65 200 schwed. Kronen, 20 000 schweiz. Franken und 9360 holl. Gulden, Schweiz: 14 100 schweiz. Franken, Tschechoslowakei: 44 100 tschech. Kronen und 17 000 schweiz. Franken, Ungarn: 1500 000 ung. Kronen. Außerdem vom IOB. 10 000 holl. Gulden. Insgesamt wurden also bis zum 8. Dezember 77 038 Dollar direkt abgeführt, gleich 310 000 Goldmark. Die Sammlungen gehen inzwischen weiter.

Wie uns aus Riga gemeldet wird, hat der Vorstand des lettischen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung am 8. Dezember beschlossen, 5 Proz. der Massenbestände der lettischen Gewerkschaften sofort den deutschen Bruderorganisationen zu überweisen und außerdem einen Ergänzungsbeitrag von 2 lettischen Rubeln pro Mitglied zu erheben.

Kommunistische Propaganda in den Gemeindebetrieben.

Die Kommunisten im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband haben zu den bevorstehenden Wahlen ein Flugblatt herausgegeben, in welchem ein übles Klagegebet über die Sünden der SPD. im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angeklagt wird. Sie haben sich auf für den Eingeweihten begründeten Gründen allerdings gestützt, unter dieses Flugblatt ihr wahres Schild zu legen, sondern haben es „Fraktion der oppositionellen Gemeinde- und Staatsarbeiter“ unterzeichnet. Auf Einzelheiten dieses Flugblattes einzugehen, ist in Anbetracht des Zusammenhangs, ohne jeglichen Sinn aufgestellten Geschreibsel nicht möglich. Wir wollen uns lediglich mit dem letzten Absatz beschäftigen, in dem gesagt wird: „Unsere Gegner, Regierung und Gemeindeverwaltungen, wollen uns gänzlich verstreuen, sie gebrauchen als Instrumente dazu die SPD. Befehligt diese aus den gewerkschaftlichen Fraktionen und der Gegner ist schwächer und ihr leid stärker geübt zu dem unausweichlichen Kampf um die Erringung der Macht.“

Es handelt sich also um die Vereinnahmung der Führer aus dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, die auf dem Boden der SPD. stehen. Wir anderen Worten, um die Erringung einer kommunistischen Gewerkschaft. Dieser Versuch ist ja von den Kommunisten in den letzten zwei Jahren bei den Wahlen zur Geschäftsleitung dauernd

unternommen worden und es dürfte für die Mitglieder unseres Verbandes nicht ohne Reiz sein, sich einmal die Kommen der Männer ins Gedächtnis zu rufen, die von der sogenannten Opposition als „Führer“ der Berliner Gemeindearbeiter vorgeschlagen wurden.

Jedoch noch ein ernstes Wort zu den Gemeindeverwaltungen, die unsere Gegner sein sollen. Man kann über tatsächliche Fragen verschiedener Meinung sein. Eben wir jedoch diese Männer, die durch unsere Willen vor nicht allzu langer Zeit an verantwortliche Stellen innerhalb der Gemeindeverwaltungen gestellt sind, jetzt als unsere Gegner an, so bedeutet das, gegenüber unseren Klassengegnern, d. h. den bürgerlichen Parteien, ein Armutzeugnis schlimmster Art. Niemand wird die Arbeiterkraft zu aufklappender Macht gelangen können, wenn sie nicht innerhalb ihrer eigenen Reihen eine tatsächliche Kritik wagt. Die heutige Schwäche der Arbeiterkraft hat zum Teil ihren Ursprung in dieser gehässigen Auseinandersetzung.

Befehligt die SPD. aus der gewerkschaftlichen Fraktion und der Gegner ist schwächer, d. h. in Teufels Küche, die auf dem Boden der SPD. stehenden Arbeiter gelten den Verfassern dieses Flugblattes gegenüber als Klassengegner. Kann man sich eine schlimmere Verleumdung des Lebens der Arbeiterbewegung vorstellen? Soll damit gesagt werden, daß der Kampf der Arbeiterklasse zunächst eine Verflechtung ihrer selbst bedeutet und erst in zweiter Linie einen Kampf gegen den Klassengegner?

Wir glauben, allein die Verleumdung dieser kurzen Sätze wird genügen, um das Geistes- und Inhaltslose dieses Flugblattes zu charakterisieren. Weder der Arbeiterkraft, die die Leitung ihres gewerkschaftlichen Kampfes in die Hände solcher Männer legt! Wir erachten die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes als sehr denkend genug, um der Erwartung Ausdruck geben zu können, daß die Entscheidungen bei den bevorstehenden Wahlen so ausfallen werden, daß die Leute der SPD. nicht zum zweiten Male den Versuch wagen werden.

Der Fraktionsvorkund der USPD.
J. A. Schäfer.

Der Tarifvertrag der Glaser-Fachgruppe im Baugewerksbund ist vom Arbeitgeberverband des Großhandels, Gruppe Flachglas, zum 31. Dezember gekündigt. Das am 30. November abgeschlossene Lohnabkommen, das bis zum 27. Dezember gültig sein sollte, ist ebenfalls gekündigt mit der Begründung: „Die hohen Löhne (53 Pf.) sind für die Unternehmer nicht tragbar.“ Die Herren wollen also noch vor Weihnachten, zum Zeichen, daß sie an das Fest der Liebe denken, mit dem Lohnbau beginnen. Die Kollegen werden ersucht, solange kein neues Lohnabkommen abgeschlossen ist, den jetzt bestehenden Lohn zu fordern, da die Versammlung am Montag, zu der unbedingt jeder Kollege erscheinen muß, erst zu dieser Frage Stellung nimmt.

Auch die Glaser müssen vollständig erscheinen.
Die Fachgruppenleitung.

Die arbeitslosen Mitglieder des Zentralverbandes der Holz-, Restaurant- und Caféangestellten, welche ab 1. Dezember 1923 länger arbeitslos sind, werden gebeten, sich bis Dienstag, den 17. Dezember, im Bureau, Elbinger Str. 88 III, Zimmer 1, zwecks Weihnachtshilfe anzumelden. Die Weihnachtshilfe findet statt am Freitag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, im großen Saal „Rosenhaller Hof“, Rosenhaller Str. 11/12.

Hochschulstreik in Wien. Die Assistenten sämtlicher Hochschulen sind heute zum Protest gegen die nach ihrer Meinung nicht genügende Besetzung in den Streit getreten.

Aus der Partei.

Zum Parteikonflikt in Halle.

Wir haben schon von dem eigenartigen Hin- und Her des „Volkshilf“-Redakteurs Genossen Schulz berichtet, der vom erweiterten Bezirksvorstand im Namen der „Reinigungsfreiheit“ verurteilt wurde, ebenso über die Entscheidung der halleischen Parteigenossen, die mit 228 gegen 153 Stimmen den Beschluß des Bezirksvorstandes für ungültig erklärte. Diese Entscheidung legt uns nun im Bericht vor. Sie stellt unter Berufung auf das Parteistatut fest, daß der Beschluß des Bezirksvorstandes ungültig ist, und erklärt zum Schluß:

„Die vorstehenden Bestimmungen zeigen, daß der Unterbezirk Zeitz-Weißenfels-Raumburg sein eigenes Organ hat, in dessen Angelegenheiten er sich von der halleischen Presseinstanz nicht hineinreden zu lassen braucht. Die Zeitzer Genossen haben auch stets auf ihre Selbstständigkeit in der Blattfrage den größten Wert gesetzt. Daraus ergibt sich auch, daß ihren Vertretern am verfluchten Sonntag kein Recht zu stand und auch nicht eingeräumt werden durfte, in die stilligen Angelegenheiten des halleischen „Volkshilf“ miteinzuschreiben einzugreifen.“

Als zur endgültigen Entscheidung des ganzen Streitfalls kann dem Genossen Schulz die politische Leitung des „Volkshilf“ nicht vorverwirrt werden. Die Versammlung erwartet daher, daß Genosse Schulz an der Ausübung seiner ihm zustehenden Arbeit nicht legitime gehindert wird. Dafür haben, während der Dauer des Konfliktzustandes, die Genossen des Verlags „Volkshilf“, als Treuhänder der Partei, zu sorgen, daß sie die eigentlich verantwortlichen Personen sind.

Nach Annahme dieses Beschlusses erklärte Genosse Peters, daß dadurch an der Entscheidung des Bezirksvorstandes nichts geändert werde, erst müssen die Unterbezirke bestetzt werden. Tatsächlich wurde dem Genossen Schulz der Eintritt in das Redaktionsrat verweigert. Mißlicherweise hat, wie bekannt, der Parteivorstand eingegriffen und die sofortige Wiedereröffnung des gemeinsamen Genossen in sein Amt geordert. Auf Anordnung des Parteivorstandes hat deshalb Kasperow seine Tätigkeit aufgeben und den Posten des rechtmäßigen politischen Redakteurs, Genossen Schulz, wieder übertragen müssen. Es ist tiefbedauerlich, daß es überhaupt zu derartigen Vorgängen — ein Jahr nach der Einigung — kommen konnte. Die Genossen allerorts müssen acht geben, daß Halle keine Nachahmung findet.

Unter der Spitzmarke „Schwerer Schaden für die Partei“ schreibt unser Raumburger Parteikollege, das den Dingen in Halle nachdrücklich näher steht, über den Konflikt:

„Die Folge der halleischen Art, die „Opposition“ in der Partei zu organisieren und die „freie Meinungsäußerung“ zu gewährleisten, werden schwere Auseinandersetzungen innerhalb der Partei sein, die für die Werbekraft der Partei — wie die Erfahrung gelehrt hat — vernichtend sind. Versammlungen über Versammlungen werden abgehalten werden, die sich ausschließlich mit dem Vorgehen der Opposition befassen, die Arbeit für die Partei wird bröckeligen. Zeit, Kraft und Geld der Parteigenossen wird nutzlos verpufft. Und das in einem Bezirk, der ohnedies so gefährdet ist wie der Halleische! Die Veronasser des Stabes haben verantwortungsvolles und parteischädigend in einem Maße gehandelt, daß trotz der an sich verständlichen Mißstimmung über die Lage der Arbeiterkraft und die Politik der Partei nicht zu entschuldigen ist.“

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma J. Albrecht bringt in ihren Filialen: Berlin, Oranienstraße 190, Kurfürstendamm 133, Neustadt, Berlin, 129, bei beherrschend beherrschenden Stellen zu Weihnachten Lebkuchen, Kekse, Bonbons in verschiedenen Sorten. Es wird auf die Anwesenheit im Einzelhandel verzichtet.

Genossenschaft für Politik: Ernst Neuberger, Berlin, Oranienstraße 190, Kurfürstendamm 133, Neustadt, Berlin, 129, bei beherrschend beherrschenden Stellen zu Weihnachten Lebkuchen, Kekse, Bonbons in verschiedenen Sorten. Es wird auf die Anwesenheit im Einzelhandel verzichtet.

